Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/6312

27. 11. 96

Änderungsantrag

der Abgeordneten Klaus-Jürgen Warnick, Dr. Uwe-Jens Rössel, Dr. Christa Luft, Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1997 – Drucksachen 13/5200 Anlage, 13/5836, 13/6020, 13/6025, 13/6026, 13/6027 –

hier: Einzelplan 25
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Haushaltsansatz im Kapitel 25 02 Titel 642 01 „Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz" wird angehoben:

Ansatz Regierungsentwurf:	3 080 000 TDM
Ansatz Beschlußempfehlung (13/6020):	3 300 000 TDM
Ansatz Neu:	4 500 000 TDM
Mittelmehrbedarf durch Anhebung im Titel 642 01:	1 420 000 TDM.

Bonn, den 26. November 1996

Klaus-Jürgen Warnick
Dr. Uwe-Jens Rössel
Dr. Christa Luft
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Das voraussichtliche Ist 1996 beim Wohngeld wird laut Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau zwischen 3,3 Mrd. DM und 3,4 Mrd. DM liegen. Angesichts der 1997 zu erwartenden Mietensteigerungen und der gleichzeitig stagnierenden bzw. rückläufigen Entwicklung der Realeinkommen ist mit einem sinkenden Bedarf an Wohngeldleistungen nicht zu rechnen. Darüber hinaus ist im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Wohngeldüberleitungsgesetzes durch den Deutschen Bundestag

und Bundesrat von der Bundesregierung erneut eine umfassende Wohngeldnovelle – diesmal zum 1. Juli 1997 – angekündigt worden. Mit dieser ist auch die überfällige Anpassung der Wohngeldleistungen nach dem Wohngesetz für die westlichen Bundesländer zwingend notwendig, da die letzte Anpassung 1990 stattfand. Dafür ist ein entsprechender Mittelmehrbedarf einzuplanen. Die Finanzierung des Mehrbedarfs ist durch Senkung der Eigenheimzulagen für Besserverdienende möglich.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333